

## Inhalt

### Frauen- und Mädchenpolitik Seite 2 - 7

- ▶ „Handy zücken und frauenfeindliche Werbung melden
- ▶ Gerechte Kindergrundsicherung – Erwartungen an die neue Bundesregierung
- ▶ Die Gewerkschaften erwarten zügig Konzepte gegen Altersarmut und Minijobs
- ▶ Auf dem Weg zur Gleichstellung wurden seit 2012 nur geringe Fortschritte erzielt
- ▶ Neue Beratungsplattform des DGB-Projekts „Was verdient die Frau? ...“ - Starthilfe
- ▶ Die Frauenverbände müssen jetzt frauenpolitisch an einem Strang ziehen
- ▶ Frauenverbände werben für die Einrichtung eines unabhängigen Gender-Instituts
- ▶ Die Höhe des Elterngeldes solle der Entwicklung der Preise und Löhne angepasst werden
- ▶ Für Familien lohnt es sich, wenn ihr Zeitbedarf an ihrer Arbeitsstätte berücksichtigt wird
- ▶ Perspektiven für Familien mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt
- ▶ *Gleichstellungsbeauftragte dürfen weiblich sein und nur von Frauen gewählt werden*
- ▶ Fast jede zweite Alleinlebende befürchtet Einbußen beim Lebensstandard im Alter
- ▶ Parteien der Koalitionsverhandlungen sollen sich gezielt für Frauenrechte einsetzen
- ▶ Zusammensetzung des Bundestags nach Geschlecht
- ▶ In Deutschland gelten über 6.500 Flüchtlingskinder als vermisst
- ▶ Schätzungsweise 1.000 minderjährige Ehefrauen in Deutschland – viele unter 16 Jahren
- ▶ Künftige Koalition soll sich zu menschenwürdiger Asylpolitik verpflichten
- ▶ Aktuell stammt fast jeder dritte Asylantrag in Deutschland von einer Frau
- ▶ Für weibliche Flüchtlinge ist die Arbeitsaufnahme besonders schwierig

### Gewalt gegen Frauen und Mädchen Seite 8

- ▶ Recht der Betroffenen... - Entwicklungen der Rechtsprechung zu Menschenhandel

### NRW Kompakt Seite 9

- ▶ Gleichstellung: Ministerin Scharrenbach: Verstärkte Anstrengungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern
- ▶ *Gelten die Regelungen des LGG auch für Kommunen unter 10.000 Einwohnerinnen/Einwohner*

### Tipps & Termine Seite 10 - 11

- ▶ Dokumentarfilm: „Ich bin kein Opfer mehr“ mit Überlebenden sexualisierter Gewalt
- ▶ Geschlechtergerechte Sprache beim RvR

Wenn Sie den Mailrundbrief nicht mehr zugeschickt haben wollen, genügt eine Mail mit dem Stichwort „Abbestellung Rundbrief“ an [info@frauenbueros-nrw.de](mailto:info@frauenbueros-nrw.de) – Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber/innen verantwortlich

gefördert vom

Ministerium für Heimat, Kommunales,  
Bau und Gleichstellung  
des Landes Nordrhein-Westfalen



## Handy zücken und frauenfeindliche Werbung melden

fs\_/ 25. Okt 2017 - Diskriminierende Werbung kann man jetzt rasch online an den Pranger stellen. Ziel ist ein gesetzliches Verbot.

Wer sich über sexistische Werbung ärgert, kann jetzt in Deutschland rasch selber handeln. Es genügt, mit dem Handy ein Foto zu machen und dieses auf der neuen Webseite werbemelder.in hochzuladen. Dort wird jedes Foto auf einer Deutschlandkarte markiert. Finanziert wird dieser Online-Pranger während zwei Jahren vom Bundesfrauenministerium.

Initiantin der Melde-Webseite ist die Kampagne «Pinkstinks». Sie definiert sexistische Werbung als Werbung, die den «weiblichen Körper oder Körperteile ohne Produktbezug als Blickfang» einsetzt. Konkret: Wenn ein Busen zum Beispiel für einen BH wirbt, ist das sexy, aber nicht sexistisch. Wenn der Busen hingegen darauf aufmerksam machen soll, dass die Metzgerei um die Ecke auch «Frischfleisch» verkauft, ist die Werbung sexistisch.

«Pinkstinks» teilt die eingereichten Fotos in drei Kategorien ein: sexistisch, nicht-sexistisch und stereotyp. Jedes Foto wird mit dem entsprechenden Vermerk auf der Deutschland-Karte gekennzeichnet. Mit der Karte will «Pinkstinks» aufzeigen,



11. OKTOBER 2017 IN FREISING, 85356

NUR MÄDCHEN BRAUCHEN MATHE NACHHILFE

Nicht sexistisch: Als «sexualisiert, aber nicht diskriminierend» beurteilt «Pinkstinks» diese Werbung.

wie verbreitet sexistische Werbung in Deutschland ist. Dies soll den Gesetzgeber aufrütteln. Ein Gesetzesentwurf von «Pinkstinks» für ein bundesweites Verbot sexistischer Werbung hat es nämlich bisher nicht einmal in ein Parteiprogramm geschafft. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hatte letztes Jahr angekündigt, sexistische Plakate und Anzeigen zu verbieten. Doch die Kritik war groß und Maas hat das Projekt darauf schubladisiert.

«Pinkstinks» stellt seit Jahren sexistische Werbung online an den Pranger und hat damit schon einige Unternehmen zum Handeln gebracht. So erklärte Unilever 2016, in der Werbung auf Geschlechter-Klischees zu verzichten. Vor allem größere Unternehmen hätten begriffen, dass der Verzicht auf sexistische Werbung besser für das Geschäft ist, sagte «Pinkstinks»-Geschäftsführerin Stevie Meriel Schmiedel der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung». Hingegen fänden ländliche und mittelständische Unternehmen sexistische Werbung oft immer noch witzig.



18. OKTOBER 2017 IN ORANIENBURG, 16515

SEXUALISIERT, ABER NICHT DISKRIMINIEREND

Stereotyp: Laut «Pinkstinks» ist diese Werbung nicht sexistisch, aber klischeehaft, weil nur Mädchen in Mathematik Nachhilfe brauchen.



### „Gerechte Kindergrundsicherung ...“ – Erwartungen an die neue Bundesregierung

Die Nationale Armutskonferenz (nak) fordert von der neuen Bundesregierung wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Die Sprecherin der Konferenz, Barbara Eschen, erwartet „einen ausreichenden Regelsatz in der Grundsicherung, genug sozialen Wohnungsbau, ein Ende der Benachteiligung von Alleinerziehenden, gute Arbeit statt prekäre Beschäftigung und eine gerechte Kindergrundsicherung statt der bisherigen Bevorzugung reicher Familien.“ Viele in Armut Lebende hätten das Gefühl, „dass, was politisch entschieden wird, mit ihnen nichts zu tun hat“, sagte die nak-Sprecherin. Schon der Armuts- und Reichtumsbericht der bisherigen Bundesregierung habe „thematisiert, dass politische Entscheidungen vor allem für Besser- verdienende gefällt werden.“

(fpd 02.11.2017)



### Die Gewerkschaften erwarten zügig Konzepte gegen Altersarmut und Minijobs

„Für den DGB ist klar, dass es keine lange Hängepartie geben darf. Politische Reformen für eine soziale und gerechte Renten- und Bildungspolitik und Verbesserungen in der Arbeitswelt müssen dringend kommen.“ Dies erklärte der DGB-Vorsitzende und sagte weiter: „Der DGB und die Gewerkschaften erwarten jetzt zügig Konzepte gegen Altersarmut, Perspektiven für prekär Beschäftigte in Minijobs, Teilzeit, Leiharbeit und befristete Arbeit, mehr bezahlbaren Wohnraum sowie Investitionen in Bildung und Infrastruktur.“ ...

(fpd 02.11.2017)



### Auf dem Weg zur Gleichstellung wurden seit 2012 nur geringe Fortschritte erzielt

„Auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter haben die OECD-Länder seit 2012 nur geringe Fortschritte erzielt. Zwar werden Themen wie Gewalt gegen Frauen, Einkommensunterschiede und die Aufteilung unbezahlter Arbeit in vielen Ländern vermehrt angegangen. Regierungen sollten ihre Anstrengungen jedoch weiter verstärken. Geschlechtergerechtigkeit ist eine Voraussetzung für ein nachhaltiges und inklusives Wachstum, von dem alle Menschen profitieren“, so die OECD in ihrer im Oktober veröffentlichten Studie „The Pursuit of Gender Equality“. Die Studie analysiert die Fortschritte und den Nachholbedarf der OECD-Länder bei der Geschlechtergerechtigkeit in Bereichen wie Bildung, Erwerbstätigkeit und Unternehmertum. (erhältlich via [berlin.centre@oecd.org](mailto:berlin.centre@oecd.org))

(fpd 02.11.2017)



### Neue Beratungsplattform des DGB-Projekts „Was verdient die Frau? ...“ – Starthilfe

Unter dem Titel „Dein Sprungbrett“ gibt es eine neue Beratungsplattform des DGB-Projekts „Was verdient die Frau? Wirtschaftliche Unabhängigkeit!“ Sie bietet „Starthilfe für wirtschaftliche Unabhängigkeit“, z. B. bei Jobeinstieg, Elternzeit und Rente, zudem, wie der DGB betont, „qualifizierte Beratung, ob für den Sprung auf der Karriereleiter oder für den Balanceakt zwischen Arbeit und Leben“.

[www.was-verdient-die-frau.de/sprungbrett](http://www.was-verdient-die-frau.de/sprungbrett).

(fpd 02.11.2017)



### Die Frauenverbände müssen jetzt frauenpolitisch an einem Strang ziehen

Die dbb bundesfrauenvertretung sieht angesichts des seit 1994 mit jetzt 30,7 % niedrigsten Frauenanteil im Bundestag „vor allem die Sozialpartner und die Frauenverbände in der Pflicht, sich in der kommenden Legislaturperiode entschlossen für die Rechte der Frauen stark zu machen.“ „Wir müssen jetzt an einem Strang ziehen“, sagte die Vorsitzende Helene Wildfeuer. Es gelte, an die gleichstellungspolitischen Erfolge der Großen Koalition, die nicht klein geredet werden dürften, anzuknüpfen. Sie fügte hinzu: „Es gibt viel zu tun: Gender Pay Gap und Gender Pension Gap sind real – in der freien Wirtschaft ebenso wie im öffentlichen Dienst. Frauen

bleiben in den Führungsetagen weiterhin unterrepräsentiert. Die Arbeitsleistung von Teilzeitkräften wird noch immer als ‚zweitrangig‘ eingestuft.“ (fpd 02.11.2017)



### Frauenverbände werben für die Einrichtung eines unabhängigen Gender-Instituts

Vertreterinnen großer Frauenorganisationen haben nach Mitteilung von UN Women Nationales Komitee Deutschland mit Bundesfrauenministerin Barley ihre Forderung nach Einrichtung eines unabhängigen Gender-Instituts erörtert. Das Gespräch fand bereits Anfang September in einer kleinen Runde statt. Das „Zentrum für Geschlechterfragen“ genannte Institut soll „Gender Mainstreaming und Gender Budgeting erfolgreich auf allen Ebenen des politischen Handelns implementieren“. Was die Jugendpolitik mit dem Deutschen Jugendinstitut und die Elter(n)politik mit dem Deutschen Zentrum für Alter(n)fragen „schon lange selbstverständlich ist, sollte auch für die Gleichstellungspolitik gelten“, heißt es in einem Aufruf. (fpd 02.11.2017)



### Die Höhe des Elterngelds solle der Entwicklung der Preise und Löhne angepasst werden

Die Höhe des Elterngelds präge die Entscheidungen über die Arbeitszeit „entscheidend mit“, deshalb „solle die Höhe des Elterngelds der Entwicklung der Löhne und Preise angepasst und der Höchstbetrag und der Geschwisterbonus dynamisiert werden“, schreibt die neue Präsidentin des deutschen juristinnenbundes, Maria Wersig, in einem Beitrag in „djbZ“, der der gleichstellungsorientierten Absicherung von Familien- und Sorgearbeit gewidmet ist. Werig wörtlich: „Eine pauschale Leistung namens Familiengeld, die die gleichzeitige lange Teilzeitarbeit im zweiten und dritten Lebensjahr fördert, muss in ihrer Höhe sinnvoll bemessen sein damit Eltern sie auch in Anspruch nehmen und sie auch Familien im unteren Einkommensbereich ermöglicht, Teilzeit zu arbeiten.“ (fpd 02.11.2017)



### Für Familien lohnt es sich, wenn ihr Zeitbedarf an ihrer Arbeitsstätte berücksichtigt wird

„Orientieren sich die Angebote der örtlichen Infrastruktur an den typischen Alltagsabläufen und Zeitbedarfen von Familien, zahlt sich das für Familien aus – und lohnt sich auch gesamtfiskalisch.“ Dies, so das Bundesfamilienministerium, zeige eine neue Studie über „Kosten und Nutzen lokaler Familienzeitpolitik“. Die Studie ergab, dass Eltern rd. 7 Stunden pro Woche mehr arbeiten würden, wenn z. B. die Kinderbetreuungszeiten „statt bis mittags bis abends gesichert wären“. Mehr als 3,5 Stunden der gewonnenen Zeit würden „im Schnitt der Familie zugutekommen“. Die Investitionen in Familienzeitpolitik würden sich zudem „durch Steuermehreinnahmen mehr als rechnen.“

„Problematisch“ sei allerdings, „dass die Kosten der lokalen Familienzeitpolitik vor allem bei den Kommunen anfallen, während die Steuermehreinnahmen zum großen Teil bei Bund und Ländern eingehen“. Erforderlich sei daher „eine stärkere Beteiligung von Bund und Ländern bei der Etablierung lokaler Familienzeitpolitik“.

Die Studie findet sich unter [www.iwkoeln.de/familienzeitpolitik](http://www.iwkoeln.de/familienzeitpolitik).

(fpd 02.11.2017)



### Perspektiven für Familien mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt

Unter dem Titel „Perspektiven für Familien mit Migrationshintergrund in der Arbeitswelt“ hat das Bundesfamilienministerium Analyseergebnisse und Handlungsempfehlungen veröffentlicht. Demnach sind Mütter mit Migrationshintergrund „deutlich seltener und in geringerem Stundenumfang erwerbstätig als Mütter ohne Migrationshintergrund (52 % gegenüber 73 %).“ Dabei seien „viele Mütter mit Migrationshintergrund sehr motiviert“ und verfügten „über die notwendigen Qualifikationen, um eine Erwerbstätigkeit anzunehmen“. 370.000 Mütter wollen „sofort in den Beruf (wieder-)einsteigen“. Zur Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf heißt es, „dass das klassische Einverdiener-Modell mit erwerbstätigem Vater in Familien mit Migrationshintergrund verbreiteter ist als bei anderen Familien (38 % gegenüber 24 %).“ Auch besuchten „Kinder aus Zuwandererfamilien nach wie vor seltener Angebote der frühkindlichen Bildung.“

(fpd 02.11.2017)

**Gleichstellungsbeauftragte dürfen weiblich sein und nur von Frauen gewählt werden**

Das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern hat am 10.10.2017 die Beschwerde eines Landesbeamten gegen das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst zurückgewiesen (AZ LVerG 7/16). Das GIG schreibt in § 18 Abs. 1 Satz 1 vor, dass die Gleichstellungsbeauftragte von den weiblichen Beschäftigten der betreffenden Dienststelle aus ihrem Kreis gewählt wird. Der Beschwerdeführer sah sich dadurch gehindert, für das Amt der Gleichstellungsbeauftragten zu kandidieren und diese zu wählen. Dies, so argumentierte er, verstoße gegen das Verbot des Grundgesetzes (Art. 3 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz GG) und der Landesverfassung, aus Gründen des Geschlechts benachteiligt zu werden.

(fpd 02.11.2017)

Urteilsschelte hat die stellvertr. CDU-Vorsitzende Julia Klöckner geübt. ... Klöckner, die auch CDU-Landes- und Landtagsfraktions-Vorsitzende in Rheinland-Pfalz ist, bewertete die Verfassungsgerichtsentscheidung im Magazin „Focus“ so: „Ein Urteil, über das ich nur den Kopf schütteln kann. Tagein, tagaus setzen wir uns dafür ein, bestehende Benachteiligungen zwischen Frau und Mann zu beseitigen. Und dann das! Gleichberechtigung ja, aber nur gegen die Männer. Das ist doch absurd. Ein bisschen schwanger sein gibt es schlichtweg nicht. Die eine Diskriminierung lässt sich doch nicht durch eine andere aus der Welt schaffen.“

Auch die Gleichstellungsberaterin Friedel Schreyögg, bis 2008 Leiterin der Gleichstellungsstelle in München, betonte, dass Gleichstellung „kein reines Frauenthema“ sei. Jeder Mann mit dem notwendigen Fachwissen könne „diese Aufgabe bewältigen“, ein Problem stelle allerdings die Beratung dar. Dazu Schreyögg: „Frauen mit Problemen und schlechten Erfahrungen im Berufs- wie im Privatleben akzeptieren Männer als Gegenüber nicht, sie haben da eine Hemmschwelle.“ Und: „Das Konzept und der Anspruch der Gleichstellungsarbeit war immer, dass Frauen und Männer das Thema gleichermaßen behandeln sollen. Das war schon beim Start der ersten Gleichstellungsbeauftragten in Deutschland so.“

Die dbb bundesfrauenvertretung begrüßte das Urteil. Dort sei „richtig“ festgestellt worden, dass Gleichstellungsbeauftragte „nicht nur Hüterinnen der Gleichstellungsgesetze, sondern wichtige Ansprechpartnerinnen im Falle von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und sexueller Belästigung“ seien und „für die überwiegend weiblichen Betroffenen eine der wichtigsten Anlaufstellen“ darstellen. Die dbb Frauen weiter: „Die weibliche Ansprache schafft zusätzliches Vertrauen. Aus unserer Sicht muss die Stellung der weiblichen Gleichstellungsbeauftragten noch weiter gestärkt werden., zum einen durch ein Verbandsklagerecht, zum anderen durch bessere Freistellungsmöglichkeiten“. Bereits in der Vergangenheit hätten „Männer in verschiedenen Bundesländern erfolglos versucht, Gleichstellungsbeauftragte zu werden“.

(fpd 10.11.17)

**Fast jede zweite Alleinlebende befürchtet Einbußen beim Lebensstandard im Alter**

Fast jede und jeder Alleinlebende in Deutschland befürchtet, den eigenen Lebensstandard im Alter nicht halten zu können, berichtet die Postbank, gestützt auf eine aktuelle TNS Emnid-Umfrage. Aus Sicht der Postbank sind „diese Bedenken leider berechtigt“. Dennoch sorgten „Singles besonders selten privat für den Lebensabend vor.“ Nur 64 % der Alleinlebenden bildeten Ruhestandsrücklagen, während im Bevölkerungsdurchschnitt immerhin 71 % private Vorsorge übten. Während 46 % der Singles Einbußen ihres Lebensstandards im Alter fürchteten, seien es bei allen Befragten nur 29 %. „Dabei“, so die Postbank, „könnten gerade diejenigen, die keine Kosten für Ausbildung der Kinder und Absicherung der Familie stemmen müssen, mehr in die eigene Altersvorsorge investieren.“

(fpd 10.11.17)

**Parteien der Koalitionsverhandlungen sollen sich gezielt für Frauenrechte einsetzen**

Zum Auftakt der Sondierungsgespräche im Bund hat der Deutsche Frauenrat „eindringlich“ an die Verhandlungsführenden appelliert, „Frauen- und Gleichstellungspolitik im Koalitionsvertrag zu stärken“ und sich „gezielt für Frauenrechte einzusetzen“. Dazu gehören aus Sicht des DF die „uneingeschränkte Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, ein Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für von Gewalt betroffenen Frauen, ein

## Frauen- und Mädchenpolitik

Rückkehrrecht auf Vollzeit an eine flexible Vollzeitarbeit, eine Erweiterung des Entgelttransparentengesetzes um ein Verbandsklagerecht und seine Ausdehnung auf Unternehmen mit weniger als 200 Beschäftigten, die Aufwertung sozialer Dienste und die Reform des Ehegattensplittings. *(fpd 10.11.17)*



### Zusammensetzung des Bundestags nach Geschlecht

Nach der Konstituierung der neu gewählten Bundestagsfraktionen stehen die Frauenanteile inzwischen endgültig fest. Demnach stellen B'90/ Die Grünen relativ die meisten und die AfD die wenigsten weiblichen Abgeordneten. Der Frauenanteil in der CDU/CSU-Fraktion beträgt 19,9 %, bei der SPD-Fraktion 41,8 %. In der Bundestagsfraktion der AfD sind 10,9 % Mitglieder weiblich, in der FDP-Fraktion liegt der Frauenanteil bei 22,5 %. Frauenanteile oberhalb der Parität haben die Bundestagsfraktion der Linken mit 53,8 % und die der Grünen mit 58,2 %. (Die Reihenfolge der Fraktionen orientiert sich an der Gesamtzahl der Mitglieder.) *(fpd 10.11.17)*

*(fpd 10.11.17)*



## Frauen und Integration

### In Deutschland gelten über 6.500 Flüchtlingskinder als vermisst

In Deutschland gelten nach Angaben des Bundeskriminalamtes 6.506 Flüchtlingskinder als vermisst, 945 davon im Kindesalter, 5.502 Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren und 59 junge Erwachsene. Stichtag für die Erhebung dieser Zahlen sei der 01.06.2017 gewesen. Die Zahlen stellen, wie das BKA betone, nur „Annäherungswerte an den tatsächlichen Stand“ dar, da es wegen fehlender Papiere und verschiedener Schreibweisen desselben Namens zu „Mehrfachregistrierungen“ kommen könne oder vermisste Kinder bei Verwandten bzw. Bekannten untergekommen seien, ohne dass das gemeldet wurde. *(fpd 02.11.2017)*

*(fpd 02.11.2017)*



### Schätzungsweise 1.000 minderjährige Ehefrauen in Deutschland – viele unter 16 Jahre

Viele Mädchen werden in Deutschland nach Ansicht der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes zu früh verheiratet. „Schätzungsweise 1.000 minderjährige Ehefrauen lebten im Jahr 2016 in Deutschland, viele von ihnen unter 16 Jahre alt“, so TDF-Bundesgeschäftsführerin Christa Stolle. Sie fügte hinzu: „Auch wenn das Gesetz zur Bekämpfung von Frühehen, für das wir lange gekämpft haben, im Juni endlich verabschiedet wurde, werden weiterhin Minderjährige verheiratet. Jetzt finden viele Hochzeiten während der Schulferien im Ausland statt. Für die jungen Frauen bedeutet dies das Ende der Schullaufbahn. Auch führen diese Ehen in der Regel zu einer (zu) frühen Schwangerschaft, was ein gesundheitliches Risiko für die jungen Mütter und ihre Kinder bedeutet. Die Müttersterblichkeit ist bei ihnen signifikant höher.“ *(fpd 02.11.17)*

*(fpd 02.11.17)*



### Künftige Koalition soll sich zu menschenwürdiger Asylpolitik verpflichten

Die Frauenrechtsorganisation medica mondiale hat an die „künftigen Koalitionspartner“ appelliert, „sich zu einer menschenwürdigen Asylpolitik zu verpflichten, die die Rechte von geflüchteten Menschen achtet, schützt und gewährleistet“. „Schutzsuchende dürfen auf der Jagd nach Wählerstimmen nicht zum Spielball gemacht werden. Vielmehr muss es darum gehen, eine menschenrechtskonforme Politik zu machen, die tragfähige politische Lösungen hervorbringt. Es ist unsere Pflicht, nach Deutschland geflüchtete Frauen zu unterstützen, damit sie und ihre Familien hierzulande neue Perspektiven nutzen können“, heißt es in der Stellungnahme. *(fpd 10.11.17)*

*(fpd 10.11.17)*



**Aktuell stammt fast jeder dritte Asylantrag in Deutschland von einer Frau**

„Zwischen 2012 und 2016 haben über eine halbe Million Frauen einen Antrag auf Asyl in Deutschland gestellt. Aktuell stammt fast jeder dritte Asylantrag von einer Frau“, so das Institut der deutschen Wirtschaft im Oktober. Das IW weiter: „Doch weibliche Flüchtlinge sind sowohl im Straßenbild als auch in der politischen Diskussion kaum präsent. Das dürfe sich aller Voraussicht nach schon recht bald ändern, denn anerkannte Flüchtlinge haben die Möglichkeit, ihre Familien nachkommen zu lassen. Viele Syrer, Iraker und Afghanen machen davon Gebrauch. Im ersten Halbjahr 2017 sind 60.000 Visa für einen Familiennachzug erteilt worden.“

*(fpd 10.12.17)*

**Für weibliche Flüchtlinge ist die Arbeitsaufnahme besonders schwierig**

Viele weibliche Flüchtlinge wollten zwar auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen, doch gerade für sie sei die Arbeitsaufnahme „besonders schwierig“, teilte das Institut der deutschen Wirtschaft mit. Das „größte Einstellungshindernis“ seien fehlende Sprachkenntnisse. Das Institut wörtlich: „Weibliche Flüchtlinge schneiden in diesem Punkt oft schlechter ab als männliche Flüchtlinge – aufgrund ihrer häufig geringeren Schulbildung sowie fehlender sozialer Kontakte.“ Etwa jede 6. Flüchtlingsfrau habe keine Schule besucht. Zudem seien  $\frac{3}{4}$  aller volljährigen geflüchteten Frauen Mütter; diese könnten die Versorgung der Kinder schwerlich mit einer 40-Stunden-Woche in Einklang bringen.

*(fpd 10.11.17)*

**Recht der Betroffenen... - Entwicklungen der Rechtsprechung zu Menschenhandel**

Der KOK Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e. V. berichtet in seinem diesjährigen Informationsdienst unter dem Titel „Rechte der Betroffenen im Fokus“ auf 20 Seiten über „aktuelle Entwicklungen der Rechtsprechung zu Menschenhandel“. Themenbereiche sind u. a. Asyl für Betroffene von Menschenhandel, Zwangsverheiratung und Veränderungen im Vorgehen der Täter. Download [www.kok-gegen-menschenhandel.de/kok-informationsdienst/](http://www.kok-gegen-menschenhandel.de/kok-informationsdienst/)

*(fpd 02.11.17)*





## 19.10.2017 | Gleichstellung: Ministerin Scharrenbach: Verstärkte Anstrengungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung teilt mit:

Der Girls` und Boys` Day, der Mädchen und Jungen Einblicke in für sie eher untypische Berufe ermöglicht, wird ausgeweitet. Ein Tag reiche nicht aus, um die Berufswahl zu verändern. Das berichtete Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach als einen Punkt der Arbeit der neuen Landesregierung bis 2022. In einer kleinen Regierungserklärung im Landtagsausschuss für Gleichstellung und Frauen bedauerte die Ministerin, dass nach wie vor Jungen und Mädchen ihre beruflichen Möglichkeiten nicht ausschöpfen. Obwohl es mehr als 300 anerkannte Ausbildungsberufe gibt, wählt mehr als die Hälfte der Mädchen aus nur zehn verschiedenen Berufen im dualen System aus. Immer noch ist etwa die Ausbildung zur Kauffrau für Büromanagement außerordentlich begehrt. Bei Jungen steht die Lehre zum Kraftfahrzeugmechatiker an erster Stelle. In Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit in Bielefeld sowie in Abstimmung mit anderen Ministerien wird nun ein neues Format entwickelt, wie das Interesse der Jugendlichen verbreitert werden kann.

Folgende weitere Schwerpunkte kündigte Ministerin Scharrenbach an:

- Ein Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern wird jetzt erarbeitet, um damit ein Instrument zur Information, Dokumentation und Kontrolle der Gleichstellungspolitik nutzen zu können. Die Gleichstellungsberichte, die bisher in allen Ministerien verfasst wurden, sollen in eine Zusammenfassung münden. Ein Gesamtbericht werde eine „zielgerichtete Weiterentwicklung“ in Gang setzen.
- In Abstimmung mit der NRW-Arbeitsagentur wird eine verbesserte Frauenförderung angestrebt, denn der Anteil von Frauen, die in Teilzeit arbeiten, sei unverändert hoch. Es gebe zunehmend junge Frauen ohne beruflichen Bildungsabschluss, so dass später die Altersversorgung gefährdet sein könnte. „Die Kette im Erwerbsleben wird häufig unterbrochen“, wies die Ministerin darauf hin, dass die Chancen auf den beruflichen Wiedereinstieg verbessert werden müssen.
- Neben einer soliden Förderung für die landesweit 62 Frauenhäuser setzt die Ministerin im Kampf für Schutz und Hilfe bei Gewalt gegen Frauen und Männer auf die Beteiligung des Landes an einer Dunkelfeldstudie des Landeskriminalamtes Niedersachsen ab 2019. Gemeinsam mit dem Innenministerium und dem Landeskriminalamt sollen Informationen zu Hintergründen von Gewalt gegen Frauen erarbeitet werden, um damit Grundlagen für weitere Maßnahmen entwickeln zu können.



## Gelten die Regelungen des LGG auch für Kommunen unter 10.000 Einwohnerinnen/ Einwohner?

Nach § 2 Abs. 1 Ziff. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) gilt das LGG grundsätzlich auch für die Verwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände. Lediglich die Vorschriften des Abschnitts 4 (Regelungen zur Gleichstellungsbeauftragten) finden aufgrund von § 21 LGG nur eingeschränkt Anwendung auf die Kommunen. Dies betrifft insbesondere die Regelungen zur Bestellung bzw. Entlastung der Gleichstellungsbeauftragten in Abhängigkeit von der Beschäftigtenzahl der Dienststelle. Die übrigen Regelungen des LGG (z. B. zum Gleichstellungsplan, zur Quote, zur Ausschreibung) gelten uneingeschränkt für alle Kommunen, auch für solche, die aufgrund ihrer Größe keine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte bestellt haben.



**Dokumentarfilm »Ich bin kein Opfer mehr« mit Überlebenden sexualisierter Gewalt jetzt auf DVD und als Stream erhältlich!**

Nach der erfolgreichen Premiere ist der Dokumentarfilm »Ich bin kein Opfer mehr« mit Überlebenden sexualisierter Gewalt mit ausführlichem Bonusmaterial ab sofort als Bildungs- und Aufklärungsmittel auf DVD zum Kauf (32,- EUR) oder zur Ausleihe (12,- EUR) und als Video on Demand per Streaming (ab 9,- EUR) erhältlich. Bestellung über [www.medienprojekt-wuppertal.de](http://www.medienprojekt-wuppertal.de).

In diesem Film erzählen drei Frauen, wie sie trotz langjähriger sexualisierter Gewalterfahrungen ihren Weg ins Leben gefunden haben. Alle drei wurden in ihrer Kindheit und Jugend von Tätern aus dem engsten Familienkreis über viele Jahre hinweg massiv missbraucht.

Trotz ihrer Erfahrungen lebt Sabine seit Jahrzehnten in einer stabilen Ehe. In den letzten Jahren litt sie immer wieder unter schweren Depressionen, die sie vorübergehend arbeitsunfähig machten. Erst seit kurzem weiß sie, dass diese und auch andere Symptome Hinweise auf eine Posttraumatische Belastungsstörung sind und die Ursachen in ihrer Kindheit liegen. Insbesondere den konstant hohen Alkoholkonsum, starke Verlustängste und Störungen im Sexualleben versteht sie nun als langjährige Folgen der massiven sexualisierten Gewalt. Inzwischen ist sie in Therapie und findet Schritt für Schritt in ihr Leben zurück.

Marion hat ihre ersten Lebensjahre in Kinderheimen verbracht. Erst als ihre junge Mutter einen Lebenspartner findet, endet diese Tortur. Doch der neue Partner beginnt sofort mit sexuellen Grenzverletzungen, in der Jugendzeit kommen Vergewaltigungen und Prügel dazu. Die Mutter schaut tatenlos zu. Dissoziationen, hoher Alkoholkonsum und Selbstverletzungen helfen Marion, die umfassende Gewalt zu überleben. Doch auch nach dem Ende des Missbrauchs bleiben die Symptome bestehen. Jahrzehntelang ist Marions Leben geprägt von Alkoholmissbrauch, Selbstverletzung, Dissoziationen und Essstörungen. Inzwischen geht es ihr deutlich besser. Dazu beigetragen hat auch, dass sie nach langen juristischen Auseinandersetzungen finanzielle Leistungen aus dem Opferentschädigungsgesetz bekommt.

Lydia ist über viele Jahre das Opfer ihres Großvaters gewesen. Schon früh versucht sie, sich nach dem Ende der sexualisierten Gewalt helfen zu lassen. Ihr ist es möglich, trotz ihrer Erfahrungen eine lange glückliche Ehe zu führen. Doch auch Lydias Weg zur Bearbeitung des Traumas dauerte Jahrzehnte. Inzwischen hat sie sich aus der Opferrolle befreit und erzählt in beeindruckenden Bildern, wie sie die Kontrolle über ihre Gedanken und Gefühle wiedererlangt hat.

Die drei Frauen gehen diesen Weg in die Öffentlichkeit, weil sie wissen, dass es sehr viele Opfer sexualisierter Gewalt gibt. Sie machen Mut, sich dem Thema zu stellen; nicht nur zu überleben, sondern aktiv das Leben zu gestalten – und nie wieder Opfer zu sein. Ergänzt wird die DVD durch weitere Interviews mit Überlebenden sowie einer fachlichen Einordnung.

73 Min. + 91 Min.



### Geschlechtergerechte Sprache beim RvR

Die Gleichstellungsstelle des Regionalverbandes Ruhr in Essen hat in einem intensiven internen Beteiligungsprozess mit dem „Arbeitskreis-Gleichstellung“ beim RVR einen Leitfaden zur Anwendung einer Gendergerechten Sprache erarbeitet und im Oktober 2017 veröffentlicht. Wesentlicher Impuls war unter anderem die Novellierung des LGG NW in dem insbesondere die Anwendung einer gendergerechten Sprache in § 4 LGG NW „... ist die sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu beachten.“ nicht mehr eine Kann-Bestimmung sondern ein hohes Maß an Verbindlichkeit für die öffentliche Verwaltung bekommen hat. Als Verband der sowohl in der Internen wie aber insbesondere auch in der externen Kommunikation durch eine Vielzahl an Veröffentlichungen nicht nur im Ruhrgebiet „unterwegs“ ist, gab es Konsens dazu, dass die Anpassung der geschriebenen und gesprochenen Sprache an eine gendergerechte Sprache dringend geboten ist. Nun sollten alle Kolleginnen und Kollegen dabei unterstützt werden und durch gute Beispiele aus dem RVR mit „RVR bestpractice“ eine gut verständliche und leicht anzuwendende Leitlinie an die Hand bekommen.



### Kommunale Verantwortung und Vielfalt in der Senior\_innenarbeit

Veranstalterin: Landesfachberatung Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Seniorenarbeit NRW in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle im Büro für Chancengleichheit der Stadt Oberhausen.

30. November 2017 von 11:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Kommunale Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit für ältere Lesben, Schwule und Transgender – Beispiel München

Gesprächsrunde 1: Wie es gehen kann, u.a. mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Oberhausen und der Stadt Bielefeld

Gesprächsrunde 2: Was zu tun ist, u.a. mit Franz Müntefering, Vorsitzender der BAGSO-Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen und Marlis Bredehorst, Staatssekretärin a. D., Vorstand ARCUS Stiftung

Ausblick: Voraussetzungen schaffen mit Carolina Brauckmann und Georg Roth, Landesfachberatung Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Seniorenarbeit NRW

ANMELDUNG bitte bis zum 20.11.2017 per Post oder E-Mail bei:

Landesfachberatung Gleichgeschlechtliche Lebensweisen in der Seniorenarbeit c/o rubicon e.V., Rubensstr. 8-10, 50676 Köln, Fon: 0221-27 66 999 – 43

carolina.brauckmann@rubicon-koeln.de | [www.immerdabei.net](http://www.immerdabei.net)

Kostenlose Teilnahme in barrierefreien Räumen: Neupostolisches Seniorenzentrum, An der Guten Hoffnung 3 – 9, 46145 Oberhausen

